



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 31 - Plenarwoche 21. - 25. Februar 2005

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen

1. Das Verhältnis der Europäischen Kommission zum Europäischen Parlament (EP)

Europaabgeordnete haben auf verschiedene Weise die Möglichkeit etwas über die Arbeit der Kommission im Detail zu erfahren und Einfluss zu nehmen. Sie können von der Kommission Einschätzungen und Tendenzen in Hinblick auf Berichte, Entwürfe zu Verordnungen oder Richtlinien erfragen. Der beste Weg ist, zu Einzelgesprächen mit Kommissionsbeamten zusammentreffen, um aktuelle Themen zu besprechen und auf eigene Stand- und Kritikpunkte hinzuweisen. Darüber hinaus kann der Abgeordnete formlose oder förmliche Anfragen stellen. Auch besuchen die Kommissare regelmäßig das Europäische Parlament und dessen Ausschüsse. ^

2. Besuch der Agrarkommissarin Mariann Fischer-Boel

Am Mittwoch war die dänische Kommissarin Fischer-Boel im Arbeitskreis Landwirtschaft der EVP-ED-Fraktion und hat den christdemokratischen Abgeordneten Rede und Antwort gestanden. Ich habe der Kommissarin Fragen zur Zuckermarktordnung, zur Legehennenrichtlinie und zur Definition von "Frischfleisch" gestellt. Nach kurzer Aussprache wurde mir eine schriftliche, genauere Beantwortung meiner Fragen zugesagt. Durch eine ausführliche schriftliche Stellungnahme erhalten die Abgeordneten verbindlich eine Antwort auf entscheidende Fragen.

3. Besuch des Präsidenten der Ukraine

Am Mittwoch fand eine Feierliche Sitzung mit einer Ansprache des Präsidenten der Ukraine, Viktor Juschtschenko, statt. Dieser kündigte umfangreiche Reformen in der ukrainischen Gesellschaft an und dankte für die Unterstützung durch das Europäische Parlament. Er möchte sein Land zügig in die EU führen. Das EP nahm dies freundlich aber skeptisch zur Kenntnis.

II. Das EP hat u.a. folgende Gesetze und Erklärungen beschlossen:

1. Grundzüge der Wirtschaftspolitik, Bericht des Sozialdemokraten Robert Goebbels

Der Bericht betont, dass Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage notwendig sind. Die Abstimmung führte zur Durchsetzung zahlreicher Änderungsanträge im Sinne der EVP-Fraktion. Goebbels erklärte vor der Schlussabstimmung, dass sein Bericht in der durch die Änderungsanträge geänderten Form seine Meinung nicht mehr reflektiere. Daher forderte er seine Fraktion auf, den Bericht abzulehnen. Aufgrund einer Mehrheit der Christdemokraten wurde der Bericht jedoch mit 331:273 Stimmen bei 34 Enthaltungen angenommen.

Der Bericht in seiner jetzigen Fassung ersucht die Kommission, verstärkt auf die Vollendung des Binnenmarktes hinzuwirken und auf allen Gebieten Wettbewerb zu fairen Bedingungen sicherzustellen. Er unterstützt ferner die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und vertritt die Auffassung, dass die Zunahme der Produktivität alleine nicht ausreichen wird, um ein Wachstum zu bewirken. Da die EVP-Fraktion besorgt ist über die anhaltend hohe Arbeitslosenquote, wiesen die Abgeordneten darauf hin, dass ein besseres Umfeld geschaffen

werden muss, um den Unternehmensgeist und eine Kultur der Risikobereitschaft zu stärken. Hierfür bedarf es einer Vereinfachung des Regelungsumfelds, einer Senkung des allgemeinen Steuerniveaus in der Europäischen Union und eines verbesserten Zugangs von Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) zu Finanzierungsquellen.

2. Führerscheinrichtlinie, Bericht der liberalen Frédérique Ries

Am Mittwoch hat das EP in erster Lesung über die neue Führerscheinrichtlinie abgestimmt. Aufgrund der Mehrheit von Sozialdemokraten, Sozialisten und Grünen sind die europäischen Bürger verpflichtet, binnen 10 Jahren nach Inkrafttreten der Richtlinie ihre alten Papierführerscheine gegen das neue Plastikmodell umzutauschen. Wer bereits einen solchen Führerschein besitzt, muss ihn spätestens in 20 Jahren gegen ein neues Exemplar tauschen. Darüber hinaus soll die Gültigkeit sämtlicher Führerscheindokumente auf 10 Jahre befristet sein. Dies führt zu mehr Bürokratie, nicht aber mehr Verkehrssicherheit.

3. Gemeinsame Aussprache zum Austausch von Informationen aus dem Strafregister

In der EU sollen die Strafregister von Personen möglichst umfassend sein. Weiter soll der Austausch von Informationen über die gegen einen Unionsbürger verhängten Strafurteile verbessert werden.

Dem Vorschlag der Kommission zufolge soll die Verwendung von personenbezogenen Daten zu sonstigen Zwecken innerhalb der vom ersuchten Mitgliedstaat vorgegebenen Schranken erfolgen. Die Abgeordneten sind anderer Meinung: Wurden personenbezogene Daten zu anderen Zwecken als Strafverfahren übermittelt, so müssen der ersuchende und der ersuchte Mitgliedstaat die Schranken gegenseitig akzeptiert haben, innerhalb derer diese Informationen verwertet werden können. Für die Abgeordneten muß zudem die Achtung der geltenden Rechtsvorschriften eine der Bedingungen für die Verwendung personenbezogener Daten sein. Weiter sind die Abgeordneten für eine Reduzierung der Fristen. Statt binnen fünf Arbeitstagen, soll die Übermittlung "innerhalb von 48 Stunden in Dringlichkeitsfällen" und andernfalls innerhalb von zehn Arbeitstagen erfolgen.

Hintergrund ist die Tatsache, daß Terrorgruppen über internationale Verästelungen verfügen; die organisierte Kriminalität betreibt ihre kriminellen Aktivitäten seit langem über die nationalen Grenzen der Staaten hinaus. Die Kommission hat auch eine Initiative zu technischen Verbesserungen nach den jüngsten dramatischen Fällen von Pädophilie ergriffen. Diese Fälle haben spektakulär vor Augen geführt, dass ein absoluter Mangel an Kommunikation zwischen den Mitgliedstaaten besteht.

4. Unlautere Geschäftspraktiken

Die EU will unlauteren Geschäftemachern im Binnenmarkt das Handwerk legen. Daher hat das Europäische Parlament am Donnerstag im Plenum schärfere Regeln gegen unfaire Handelpraktiken, wie z.B. falsche Lockangebote, als Information getarnte Werbung, vorgetäuschte Räumungsverkäufe und Schneeballsysteme, angenommen.

III. Weiteres

Darüber hinaus fanden u.a. Abstimmungen zur Qualität der Strafjustiz, zu den öffentlichen Finanzen der Wirtschafts- und Währungsunion, zu Sicherung und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz sowie über den Aktionsplan Umwelt und Gesundheit, über Sanktionen bei Meeresverschmutzung durch Schiffe und über die Beziehung der Europäischen Union zum Mittelmeerraum statt.

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

www.europarl.eu.int/gui-de/search/docsearch_de.htm oder www.europarl.eu.int/plenary/default_de.htm.

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>.

Impressum: V.i.S.d.P. Prof. Dr. Hans-Peter Mayer

Europabüro, Bahnhofstraße 1, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/90 99 09, Fax: 044 41/90 99 10, E-Mail: europa-mayer@t-online.de

Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94,

E-Mail: hmayer@europarl.eu.int, Internet: www.europa-mayer.de